

Pressekonferenz Atlas der Zivilgesellschaft

Statement Cornelia Füllkrug-Weitzel, Präsidentin Brot für die Welt

Pressekonferenz, Berlin, Mittwoch, 6.2.2019 - *es gilt das gesprochene Wort*

Ich begrüße Sie herzlich zur Pressekonferenz. Wir stellen heute zum zweiten Mal gemeinsam mit CIVICUS, einem weltweiten Netzwerk für bürgerschaftliches Engagement, den Atlas der Zivilgesellschaft vor.

Zivilgesellschaft ist ein sperriges Wort. Was verstehen wir darunter?

Unter Zivilgesellschaft verstehen wir die aktive Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern – allein oder in Gruppen. Sie umfasst alles soziale Handeln jenseits von Staat, Wirtschaft und Privatem. Eine aktive Bürgerschaft, die sich für Bürgerbeteiligung, für soziale Belange, für Rechtsstaatlichkeit, eine freie Presse und Transparenz, gegen Korruption und Menschenrechtsverletzungen einsetzt, trägt erheblich zum gesellschaftlichen Frieden bei. Wenn Staaten die Grundrechte ihrer Bürger einschränken, bremsen sie eine nachhaltige soziale und wirtschaftliche Entwicklung aus.

Shrinking Space oder schrumpfender Handlungsraum. Was verbirgt sich hinter dem sperrigen Wort?

Wenn die italienische Regierung die Besatzung ziviler Seenotrettungsboote als „Schleuser“ diffamiert. Wenn Menschenrechtsorganisationen in Nicaragua von einem auf den anderen Tag verboten werden, wie jüngst eine Partnerorganisation von uns. Wenn in Simbabwe Demonstrationen gegen den steigenden Benzinpreis (auf 2,90 Euro pro Liter) gewaltsam niedergeschlagen werden, mehr als 1000 Menschen in Gewahrsam genommen und mehr als 12 Menschen ihr Leben verlieren. Die Versammlungsfreiheit in Simbabwe ist aktuell soweit eingeschränkt, dass selbst der Kirchenvorstand einer Gemeinde seine Sitzung beim Militär anmelden muss. Wenn Organisationen kein Geld mehr aus dem Ausland annehmen dürfen oder sich anderenfalls öffentlich als „ausländische Agenten“ bezichtigen lassen müssen oder selbst bezichtigen. Wenn Pressefreiheit, Rede- und Meinungsfreiheit und Versammlungsfreiheit außer Kraft gesetzt sind.

Viele unserer Partnerorganisationen weltweit berichten von Einschränkungen, von Bedrohungen, Schmähkampagnen und gezielten Einschüchterungen. Für unsere Partner ist das Thema Shrinking Space der Zivilgesellschaft leider nicht sperrig, sondern an der Tagesordnung.

Und dieser Trend der Einschüchterung und Einengung zivilgesellschaftlichen Engagements kommt nun mit aller Deutlichkeit auch in Europa an. Der Einsatz für Menschenrechte und für Minderheiten wird von Regierungsmitgliedern und Regierungen in immer mehr Ländern mit populistischer Rhetorik diskreditiert und aktiv behindert.

Der Atlas der Zivilgesellschaft stützt sich auf die Zahlen des CIVICUS-Monitor. Die Daten basieren auf Erhebungen und der Auswertung verschiedener Quellen und Indizes,

beispielweise zur Rede- oder Versammlungsfreiheit. Im Vergleich zum ersten Atlas der Zivilgesellschaft, der im Januar 2018 vorgestellt wurde, ist die Berechnungsmethode präzisiert worden.

Wie stellt sich die Entwicklung in diesem Jahr dar?

Weltweit leben zwei Milliarden Menschen in Staaten, wo zivilgesellschaftliches Engagement durch staatliche Gewalt vollständig unterbunden wird – das ist fast ein Drittel der Weltbevölkerung. Nur vier Prozent der Menschen genießen demnach uneingeschränkte Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit und können ihre Anliegen frei äußern, an Demonstrationen teilnehmen oder eine Bürgerinitiative gründen. Die Grafik finden Sie auf Seite 13 im Atlas. Auch in EU-Ländern wie Österreich und Italien hat sich die Lage im vergangenen Jahr verschlechtert.

Der Druck auf die Zivilgesellschaft nimmt weltweit zu, und dieser Trend hält an. Deutlich zu sehen in Ungarn: Mit dem erklärten Ziel „zu verhindern, dass Ungarn ein Migrationsland wird“ wurde ein neues Delikt „Unterstützung illegaler Einwanderung“ in das Strafgesetzbuch eingeführt. Es kriminalisiert Anwältinnen und Anwälte, NGO-Mitarbeitende, die Flüchtlinge bei der Wahrnehmung ihrer Rechte im Asylverfahren beraten oder Informationsmaterialien dazu herstellen und verbreiten. Solche Tätigkeiten sind legal, nach internationalem Recht sogar geboten. In Ungarn werden sie künftig mit bis zu einem Jahr Freiheitsstrafe geahndet. In einem EU-Staat wohlgermerkt.

Ganz aktuell können wir in Brasilien sehen, wie schnell auch nach internationalen Standards berechnete Teilhabeanliegen der Zivilgesellschaft beiseite gefegt werden. Der neue Präsident Jair Bolsonaro hat die Verwaltung der Gebiete, die rechtmäßig der indigenen Bevölkerung zustehen, der zuständigen Behörde („FUNAI“) entzogen und sie dem Landwirtschaftsministerium unterstellt. Über dieses Land wird nun aus der Perspektive der Interessen der Agrarindustrie verfügt, und die Konflikte um Land haben bereits zugenommen. Bolsonaro hat angekündigt, den sozialen Bewegungen den Garaus zu machen.

Bolsonaro hat in seinen ersten Amtswochen auch den Nationalen Rat für Ernährungssicherung (CONSEA) abgeschafft. Zivilgesellschaft und Regierung hatten in diesem Rat seit 2006 zusammengearbeitet, um eine gesunde ausgewogene Ernährung der gesamten Bevölkerung zu gewährleisten. So wurde das Recht auf Nahrung in die brasilianische Bundesverfassung aufgenommen, ein nationales Programm zur Förderung agrarökologischer Landwirtschaft verabschiedet sowie weitere Programme zur Förderung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft umgesetzt. All diese Maßnahmen haben u.a. dazu beigetragen, dass lokale Produzenten eine Absatzgarantie für ihre Erzeugnisse bekamen und z.B. Schulen, Krankenhäuser und andere öffentliche Einrichtungen Essen aus frischen regionalen Zutaten zubereitet haben. Diese Kooperation zwischen Regierung und Kleinbauernbewegungen zur Bekämpfung von Hunger und Armut wurde, wie gesagt, aufgekündigt. Statt an den Interessen der Kleinbauern möchte sich Bolsonaro nun mehr an den Interessen der nationalen und internationalen Agrarindustrie orientieren.

Das Beispiel Brasilien zeigt die Geschwindigkeit, in der Errungenschaften der Zivilgesellschaft zunichtegemacht werden können und soziale Bewegungen nicht nur sprichwörtlich ins Fadenkreuz von Regierungen geraten.

CIVICUS kategorisiert die Freiheitsgrade einer Gesellschaft in fünf Kategorien: offen, beeinträchtigt, beschränkt, unterdrückt und geschlossen.

Die Daten im Atlas der Zivilgesellschaft zeigen, dass aktuell in nur knapp jedem vierten Staat (45 Staaten) der Handlungsraum der Zivilgesellschaft „offen“ ist. Darunter Deutschland, Australien, Kanada, Dänemark, Schweden, Costa Rica und Tschechien.

In 40 Staaten ist der Handlungsraum „beeinträchtigt“. Hierzu zählen auch 12 Staaten der Europäischen Union, unter ihnen Österreich und Italien.

In 53 Staaten ist der Handlungsraum der Zivilgesellschaft „beschränkt“, unter ihnen Bolivien, Guatemala, Togo, Kirgisistan und Ungarn.

„Unterdrückt“ wird die Zivilgesellschaft in 35 Ländern, darunter Russland und Simbabwe.

In 23 Staaten, zwei mehr als im Vorjahr, ist der Raum für zivilgesellschaftliche Akteure „geschlossen“, darunter in China, Ägypten und der Zentralafrikanischen Republik. Auch Aserbaidschan, das wir im letzten Atlas als Fallbeispiel vorgestellt haben, ist jetzt in der „geschlossenen“ Kategorie, während es im vergangenen Jahr noch in der Kategorie „unterdrückt“ war.

Auf der Grafik auf Seite 21 finden Sie die Veränderungen zum vergangenen Jahr auf einen Blick. So zum Beispiel Verbesserungen in Kanada, Ecuador und Äthiopien. Sowie Verschlechterungen z.B. in Italien, Österreich, Nicaragua, Aserbaidschan und der Zentralafrikanischen Republik.

Inwiefern betrifft der Shrinking Space Partnerorganisationen von Brot für die Welt?

Der Atlas enthält Fallstudien, die Brot für die Welt mit seinen Partnerorganisationen aufbereitet hat. In diesem Jahr stammen die Fälle aus Bolivien, Kirgisistan, Mexiko, Simbabwe, Togo und Ungarn.

Wenn wir etwa nach Mexiko (im Atlas ab Seite 43) schauen, wird bewusst, wie eng eine freie und handlungsfähige Zivilgesellschaft mit dem Thema Rechtsstaatlichkeit verknüpft ist. 41.000 Morde gab es 2017 in Mexiko. Weniger als 2 Prozent davon wurden aufgeklärt. Dieses Klima der Straflosigkeit begünstigt staatliche Verstrickung in Gewalttaten und ein Klima, in dem bürgerschaftliches Engagement durch Bedrohung mundtot gemacht werden soll. Umso mutiger sind diejenigen, die sich ihr widersetzen. Ich habe Mexiko im Mai besucht und viele mutige Menschen getroffen: Es ist beispielsweise nur dem unermüdlichen Einsatz lokaler Gruppen und der Angehörigen zu verdanken ist, dass der Fall der 43 im Jahr 2014 verschwundenen Studenten in Ayotzinapa im Bundesstaat Guerrero durch eine unabhängige Expertengruppe untersucht wird. Weil die Polizei damals mit Waffen der Marke Heckler & Koch schoss, die nach deutschen Ausfuhrbestimmungen niemals in den Bundesstaat hätte

liefern dürfen, läuft gegen den Waffenhersteller derzeit ein Prozess vor dem Landgericht Stuttgart.

Dass Repressionen gegen die Zivilgesellschaft nicht nur die soziale Entwicklung eines Landes sondern auch den wirtschaftlichen Fortschritt hemmen, zeigt sich in Simbabwe (im Atlas ab Seite 55): Unter der 37-jährigen Herrschaft Mugabes fiel Simbabwe im Human Development Index (HDI), der den Wohlstand und Fortschritt eines Landes misst, um 80 Plätze. Überstürzte Reformen, Korruption und die massive Aufrüstung des Sicherheitsapparats trugen zum Abstieg bei. Rund zwei Drittel der Bevölkerung leben heute unterhalb der Armutsgrenze. Mugabe hatte während seiner Amtszeit keine freie Zivilgesellschaft geduldet. Auch unter seinem Nachfolger werden derzeit Demonstrationen gegen steigende Benzinpreise (immerhin auf 2,90 Euro pro Liter) blutig niedergeschlagen und die Versammlungsfreiheit massiv eingeengt. Ein Partner aus Simbabwe wird am Montag, 11.2., zu Gast in Berlin sein und mit der Beauftragten der Bundesregierung für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe, Bärbel Kofler, und mir über die Auswirkungen des Shrinking Space sprechen.

Was fordern wir von der Bundesregierung?

Die Lage ist ernst. Die massiven Einschränkungen sind auch Zeichen einer Krise der Demokratie. Auf Seite 70 im Atlas finden Sie eine Grafik, die die „Rezession der Demokratie“ aufzeigt, von der auch der Economist spricht. Während Ende der 80er Jahren die Zahl der Demokratien angestiegen ist, ist sie seit 2012 weltweit rückläufig.

Wir verstehen unter Demokratie nicht allein den Schutz der Freiheitsrechte und die freie und faire Wahl. Wir beziehen auch den Handlungsraum zivilgesellschaftlicher Freiheit, politischer Beteiligung und Mitsprache von Bürgerinnen und Bürgern sowie den Grad sozialer Gerechtigkeit mit ein. Deshalb beunruhigen uns der Trend und das Erstarken populistischer Parteien, weltweit, in Europa und auch in Deutschland.

Es beunruhigt uns, dass es salonfähig wird, das Engagement und den Einsatz für Menschenrechte und damit vor allem den Schutz von Minderheiten in so vielen Ländern der Welt einzuschränken und zu diffamieren. In den USA droht der Präsident auf Migranten, die aus Mexiko kommen, zu schießen und seine Anhänger applaudieren. Selbst in Deutschland übernehmen Politikerinnen und Politiker aus fast allen Parteien Begriffe rechtsnationaler Bewegungen und Parteien auf: Seenotretterinnen und Seenotretter werden als „Schleuser“ bezeichnet, Engagierte für Flüchtlinge und Integration als „Anti-Abschiebeindustrie“ verunglimpft.

Von der Bundesregierung erwarten wir deshalb, dass sie lautstark protestiert, wenn im Herzen Europas die ‚liberale Demokratie zu Grabe getragen werden soll‘, wie der ungarische Präsident Orban sein Ziel für die kommenden Europawahlen formuliert hat.

Als eine der führenden demokratischen Wirtschaftsnationen sollte Deutschland seine Vorbildfunktion nutzen und sich für eine freie und handlungsfähige Zivilgesellschaft weltweit

stark machen. Das sollte im Rahmen der diplomatischen Beziehungen ebenso passieren wie in den Handels- und Wirtschaftsbeziehungen.

Wir fordern, dass der Multilateralismus und internationale Menschenrechtsforen und Gerichte gestärkt werden. Durch den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen werden der Schutz und die Gewährung der Menschenrechte kontrollierbar und einklagbar. Als die US-Regierung ankündigte, den Menschenrechtsrat zu verlassen, wurden auch hierzulande Stimmen laut, Deutschland solle das Gremium verlassen und es gehöre im Übrigen ersatzlos abgeschafft. Doch das ist aus unserer Sicht keine Option: Ja, es gibt es Reformbedarf, aber der Menschenrechtsrat ist immer noch die einzige weltweite Institution zum Schutz von Menschenrechten. Menschenrechtsverletzungen, die sonst im Verborgenen blieben, können hier sichtbar gemacht werden. Zudem spielt der Rat eine wichtige Rolle für den Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern, die in ihren Heimatländern häufig mit dem Tode bedroht sind.

Die Bundesregierung muss sich entschieden für den Schutz von Menschenrechtsverteidigern einsetzen und für den Menschenrechtsrat, den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte sowie das interamerikanische und afrikanische Menschenrechtssystem stark machen.

Brot für die Welt arbeitet nun seit 60 Jahren weltweit mit Partnerorganisationen zusammen, um Hunger, Armut und Ungerechtigkeit zu überwinden. Wir werden auch weiterhin dafür eintreten, dass Initiativen weltweit handlungsfähig bleiben, und für die Rechte und Teilhabe von benachteiligten Menschen eintreten können. Unser Motto lautet aus diesem Grund in diesem Jahr: Hunger nach Gerechtigkeit.